Stuve
Studierendenvertretung der
Universität Erlangen-Nürnberg

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Universität Erlangen-Nürnberg • Postfach 3520 • 91023 Erlangen

Position BAföG-Novelle jetzt umsetzen – Bildungsgerechtigkeit sichern

Studentischer Konvent
Turnstraße 7
91054 Erlangen

stuve.fau.de
stuve-konvent@fau.de

24.06.2026

Beschlussforderung

1. Der Studentische Konvent fordert die Bundesregierung und die Regierungsfraktionen des Deutschen Bundestages auf, die angekündigte BAföG-Novelle ohne weitere Verzögerung umzusetzen und ihre Finanzierung so abzusichern, dass die Verbesserungen spätestens zum Wintersemester 2026/27 bei Studierenden und Schüler*innen ankommen.

2. Die BAföG-Novelle darf nicht auf symbolische Einzelmaßnahmen reduziert werden. Der Studentische Konvent fordert insbesondere eine realitätsnahe und dynamisierte Wohnkostenpauschale, bedarfsdeckende und regelmäßig angepasste Bedarfssätze, schnellere und verlässlichere Antragsverfahren sowie eine deutliche Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten. Langfristig soll das BAföG zu einer elternunabhängigen, altersunabhängigen und regelstudienzeitunabhängigen Studienfinanzierung als Vollzuschuss weiterentwickelt werden.

3. Der Studentische Konvent solidarisiert sich mit den bundesweiten Protesten für ein existenzsicherndes BAföG, insbesondere mit den Aktivitäten des freien zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs), der gemeinsamen Petition von fzs, DGB, Deutschem Studierendenwerk, GEW und ver.di, der Aktionswoche SchlussverkaufBildung sowie der für den 24. Juni 2026 angestoßenen bundesweiten Protestaktion.

4. Der Sprecher*innenrat wird beauftragt, gemeinsam mit interessierten Hochschulgruppen, Fachschaftsvertretungen, weiteren bayerischen Studierendenvertretungen und bundesweiten Bündnispartner*innen kurzfristig eine Beteiligung der Studierendenvertretung der FAU an den

Protesten zu prüfen, vorzubereiten und umzusetzen. Dies kann insbesondere Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung einer Kundgebung oder Demonstration in Erlangen oder Nürnberg sowie die Beteiligung an bayernweiten Aktionen umfassen.

5. Der Sprecher*innenrat wird beauftragt, die Position des Studentischen Konvents gegenüber lokalen und bayerischen Bundestagsabgeordneten, der Öffentlichkeit, dem fzs sowie anderen Studierendenvertretungen zu vertreten und im Studentischen Konvent über die erfolgten Schritte zu berichten.

Begründung

Das BAföG ist eines der zentralen Instrumente, um den Zugang zu Bildung unabhängiger vom Einkommen der Eltern zu machen. Gerade in einem sozial selektiven Bildungssystem muss staatliche Ausbildungsförderung sicherstellen, dass ein Studium nicht daran scheitert, ob Eltern Miete, Lebenshaltungskosten und Studienmaterialien finanzieren können. Dieses Versprechen wird derzeit nicht eingelöst.

Die angekündigte BAföG-Novelle sollte nach den bisherigen Planungen zum Win tersemester 2026/27 greifen. Vorgesehen war unter anderem eine Erhöhung der Wohnkostenpauschale von 380 auf 440 Euro. Selbst diese Erhöhung bleibt deutlich hinter den tatsächlichen Wohnkosten vieler Studierender zurück; der fzs verweist für das Sommersemester 2026 auf durchschnittliche WG-Zimmerkosten von 512 Euro. Auch an der FAU sind hohe Mieten in Erlangen, Nürnberg und Fürth für viele Studierende eine der größten finanziellen Belastungen.

Gleichzeitig ist die politische Umsetzung der Novelle wieder unsicher geworden. Nach monatelangen widersprüchlichen Signalen aus der Bundesregierung wurde die Reform trotz Koalitionsankündigung erneut unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Damit droht eine längst überfällige Verbesserung der Studienfinanzierung verschoben oder weiter abgeschwächt zu werden. Für Studierende, die bereits jetzt auf Nebenjobs, familiäre Unterstützung oder Verschuldung angewiesen sind, ist das nicht hinnehmbar.

Die Behauptung, Studierende könnten eine unzureichende Ausbildungsförderung einfach durch zusätzliche Erwerbsarbeit ausgleichen, verkennt die Lebensrealität vieler Studierender. Studium, Prüfungsdruck, Sorgearbeit, Ehrenamt und Lohnarbeit stehen schon heute in einem belastenden Verhältnis. Mehr als zwei Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium; weniger als 12 Prozent erhalten überhaupt BAföG. Wenn die Förderung nicht zum Leben reicht und immer weniger Menschen erreicht, verliert sie ihre bildungspolitische Funktion.

Eine wirksame BAföG-Reform ist deshalb keine Sonderbehandlung für Studierende, sondern ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Fachkräftesicherung. Studierende dürfen auch nicht gegen andere Gruppen ausgespielt werden, die ebenfalls von Kürzungen, steigenden Preisen und sozialer Unsicherheit betroffen sind. Bildung ist ein Recht und darf nicht zum Privileg werden. Die aktuelle Mobilisierung von Studierendenvertretungen, Gewerkschaften, dem fzs und weiteren Bündnispartner*innen bietet die Möglichkeit, den politischen Druck kurzfristig zu erhöhen. Auch andere bayerische Studierendenvertretungen stehen vor der Aufgabe, sich trotz kurzer Fristen zu koordinieren. Die Studierendenvertretung der FAU sollte sich daran beteiligen und die Perspektive der Studierenden in Erlangen und Nürnberg sichtbar machen.

Durch die Beauftragung des Sprecher*innenrats bleibt die Umsetzung flexibel genug, um auf die kurzfristige Lage zu reagieren. Gleichzeitig erhält die Studierendenvertretung ein klares Mandat, sich öffentlich für eine unverzügliche, substanzielle und soziale BAföG-Novelle einzusetzen.